

Der Lübecker Volksbote erscheint jeden Nachmittags, außer an Sonn- und Festtagen. Der Abonnementspreis beträgt bei Lieferung durch den Boten frei ins Haus für die erste Märzhälfte 1500.— Mt. Einzelverkaufspr. 120 Mt.

Redaktion: Johannisstraße 46.

Fernruf: { 905 nur Redaktion.
926 nur Geschäftsstelle.

Die Anzeigengebühr beträgt für die achtgehaltene Zeile ober deren Raum 300.— Mark, auswärtige 350.— Mark für Verammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 200 Mt., für Reklamen 1200.— Mt.

Geschäftsstelle: Johannisstraße 46.

Fernruf: { 926 nur Geschäftsstelle
905 nur Redaktion.



Lübecker Volksbote

Tagesszeitung für das arbeitende Volk.

Nummer 62.

Mittwoch, 14. März 1923.

30. Jahrgang.

Karl Marx.

Zu seinem 40 Todestag!

Dr. L. Lübeck, 14. März.

„Die Geschichte aller bisherigen Gesellschaft ist die Geschichte von Klassenkämpfen“.

„Kein Mensch bekämpft die Freiheit; er bekämpft höchstens die Freiheit der andern. Jede Art der Freiheit hat daher immer existiert, nur einmal als besonderes Vorrecht, das andere Mal als allgemeines Recht.“

Im Jahre 1842 trat er, 24jährig, in die Politik ein. Als bürgerlicher Demokrat.

Er übernahm die politische Redaktion der entschieden liberalen „Rheinischen Zeitung“ in Köln. Und bald erregten seine scharfen Artikel gegen den preussischen Absolutismus und gegen die rückwärtslose Herrschaft der ostelbischen Junker im ganzen Rheinland und darüber hinaus Aufsehen. Seine ungeschämte Art, die Wahrheit zu sagen, und seine grobkörnige derbplastische Sprache waren von ungeheurer Wirkung auf das Volk. In dem Vierteljahrhundert seit den Tagen der Börne und Görres waren solche Worte nicht mehr gehört worden.

Der „liberalen“ Bourgeoisie aber, die ja das Blatt gegründet hatte, fiel ob solcher Schreibweise das Herz in die Hosen. Sie zitterte vor den Schritten der preussischen Kommissknechtel — und Marx mußte gehen.

Das war für den kraftstrotzenden, selbstbewußten, mit den schärfsten Waffen der Geisteskritik ausgerüsteten jungen Menschen ein harter Schlag. Und ein Grund zum Nachdenken!

Schon in seinen Artikeln, die noch unter liberaler Flagge ins Land zogen, hatte Marx Töne angeschlagen, die dem Bourgeois, dem Fabrik- und Handelsherrn ebenso unangenehm auf die Seele fielen mußten, wie dem Junker. Neben dem Ruf nach politischer Freiheit gelte immer wieder das Mitleid mit den Armen, mit den Hungernden, mit den „Ausgebeuteten“.

Köln vertauschte Marx mit Paris, wo er eine freierliche Luft für sich und seine Schriften zu finden hoffte. Herrschten dort doch nicht die Junker, sondern die Bürger, unter ihrem „Bürgerkönig“.

Schrecklich gingen da dem jungen Politiker die Augen auf. Der Aushängeschild etwas anders, sonst aber alles gleich! Herrschte in Preußen das Junkertum nach besser Willkür, so schaltet und walidet in Frankreich die Bourgeoisie, wie es ihr gefällt. Das Volk aber, die Millionen der Arbeit, sind hier wie dort rechtlos, stehen hier wie dort außerhalb der Tore des Lebens und der Freiheit.

Da wird Marx Sozialist. Sagt dem Bourgeois wie dem Junker Kampf an und stürzt sich mit Feuereifer auf das Studium der sozialistischen Lehre, wofür Frankreich Kaiserlicher Boden war. St. Simon, Babeuf und Proudhon seien nur genannt!

Aber bei keinem findet Marx das, was er sucht. Sie alle wollen das menschliche Elend durch gute Lehren, durch alle möglichen Staatsysteme, vielleicht gar mit Hilfe religiöser Vorschriften beseitigen. Sie haben sich ideale Staaten oder Gemeinden ausgedacht, in denen alle gleich sein sollen, und wo es keinen Reichtum und keine Armut mehr gibt.

Bald haut Marx mit dem spitzen Schwert seiner Kritik zwischen diese rühlseligen Träumereien. Kennt sie Utopien! Traumgebilde! Und rollt jetzt die ganze Frage des menschlichen Elends, der ungerechten Verteilung, der Wirtschaft überhaupt erst auf. Forscht den Ursachen der Ungleichheit nach, und kommt dabei zu Erkenntnissen, die heute Gemeingut der Wissenschaft und aller Proletarier der Welt geworden sind, damals aber unerhört neu und kühn waren.

In Brüssel, wohin ihn ein Ausweisungsbefehl des Bürgerkönigs geschleucht hatte, verfaßt er dann das Kommunistische Manifest. Darin sind alle seine Lehren, seine Ansichten von der Wirtschaft in geschliffenster und klarster Sprache zusammengefaßt.

In das erste Grollen der zunächst noch ganz bürgerlich-demokratisch eingestellten Revolutionswelle von 1848 schrie wie Hansarenstoß der Kampfruf des Manifestes, der revolutionärsten Streitschrift, die jemals die Kunde über den Erdball angetreten, die jemals das Menschengeschlecht aufgerüttelt hat. Und als Handwerker und Student, Bauer und Arbeiter Barrikaden schichteten und dem Blei dressierter Proletarier unter dem Waffentode die Brust boten, da hatte

wird ausgewiesen. Er irrt wieder nach Frankreich, arm und elend verkauft er das letzte Besitzstück seiner Frau, um Reise-geld zu haben. Und findet schließlich eine Zuflucht in England, wo er die letzten Jahrzehnte seines Lebens in größter Not, oft ohne Nahrung für Frau und Kinder, zubrachte.

In härtester wissenschaftlicher Arbeit baute hier Marx seine Lehre, die er in einer Reihe kleiner Schriften veröffentlicht hatte, aus zu dem dreibändigen Riesenwerk „Das Kapital“. Als er 1883 starb war nur der erste Band völlig abgeschlossen; die beiden andern lagen in riesigen Manuskripten aufgeschichtet. Engels, der selbstlose Freund Marx', ordnete dann diesen Nachlaß und gab einige Jahre später das völlige Werk heraus.

„Das Kapital“ ist das großartigste Ergebnis des menschlichen Denkens im vergangenen Jahrhundert. Jahrzehntelang haben sich die bürgerlichen Nationalökonomien die erdenkliche Mühe gegeben, Marx zu untergraben, zu beweisen, daß seine Lehren Irrtum und tot seien. Und der Erfolg? Marx lebt heute mehr als je. Selbst die widerstrebendsten Professoren stellen Marx jetzt in eine Reihe mit den größten Nationalökonomien aller Zeiten.

Eine ausführliche Würdigung der Verdienste des ersten Sozialdemokraten, des Begründers des „wissenschaftlichen Sozialismus“, wäre nur möglich in einer ausführlichen Besprechung seines wissenschaftlichen Systems. Das kann hier unsere Aufgabe nicht sein. Nur in wenigen Sätzen sei auf die Hauptzüge des „Marxismus“ hingewiesen.

Wie wir schon oben ausführten, verwarf und verachtete Marx die schönen und aussichtslosen Pläne der Utopisten. Er wollte dem menschlichen Elend auf den Grund gehen, und stellte fest, daß die Verelendung der Massen eine Folge der Gesellschaftsordnung ist. Die Gesellschaftsordnung wieder ist die Folge der ökonomischen Zustände, d. i. der Herrschaft des Kapitals, oder des Kapitalismus. Dieser Kapitalismus ist nichts Ewiges, sondern etwas Gewordenes und Vergänglichendes. Er ist aufgestiegen und er wird untergehen, wie frühere Gesellschaftsordnungen — z. B. die feudale — aufgestiegen und untergegangen sind. Wann aber wird er untergehen? Wenn er alle seine produktiven Kräfte entwickelt hat, wenn seine Formen zu eng werden für die stets wachsende Produktivkraft der Völker. Was wird an seine Stelle treten? Nur die genaueste Kenntnis der kapitalistischen Gesetze, denen Marx bis in die tiefsten Gründe nachspürt, kann die Antwort geben. Die Akkumulation und die Konzentration des Kapitals, verbunden mit der ungeheuren Vermehrung der Lohnarbeiter, des Proletariats, wird naturnotwendig eine neue Epoche erzeugen, die für den Einzelnen zu groß, zu weit, zu gigantisch ist, und die nur die zusammengesetzte Allgemeinheit meistern kann. An die Stelle des Kapitalismus, muß also, muß der Sozialismus treten.

Das ist nicht etwa, wie bei den Utopisten, eine schöne Träumerei, sondern ein „wissenschaftlich bewiesener Sach“. Damit erst war der Sozialismus auf den Boden der Wissenschaft, der Gewißheit, der absoluten Zuversicht getreten. Und damit erst war der Sozialismus fähig, seinen Weg einzuschlagen über alle zivilisierten Länder. Marx, der wissenschaftliche Sozialist, hatte ihm den Weg bereitet.

Tausende englischer Arbeiter werden heute an das Grab des Edlen, Selbstlosen, des unermüdet Denkenden und Kämpfenden treten, der im Londoner Hyde Park-Friedhofe seine letzte Ruhe gefunden hat. Zwischen dem stillen Murmeln der Menschen und dem leisen Säuseln der Bäume wird es eindringlich und fest durch alle Herzen klingen: Beugt das Haupt! Hier schlummert einer der ganz Großen der Menschheit! Einer, der für alle Unterdrückten, für alle Enterbten des Schicksals litt und stritt. Der alles hingab für das leidende Proletariat! Dem sein Leben nichts war als ein Opfer auf dem Altar der Freiheit und der Gleichheit aller Menschen! Beugt das Haupt!



Sichtbringer.

Immer erleucht dem leidenden Volk der rettende Geist, jener Eine aus des Prometheus altem Geschlecht, der dem Himmel das heilige Wissen ums Licht entreizt, der mit erhobenen Händen verkündet ein neues Recht.

Und den glimmenden Funken, vom Dunkel fast erstickt, sacht zum Brande er an, der aufwärts gen Himmel schlägt, wenn ins Land hinaus, das von Finsternis tief umstrickt, er der Wahrheit weithin lohende Fackel trägt.

So kam dieser und scheuchte die mammonistische Nacht, führte den Tag heraus der bald zur Erkenntnis reift, seit der heimtückar toten Dinge heimliche Macht das Gesetz ihm gezeigt, darin er die Welt begreift.

Er schuf für die Welt und hat sein Werk gemeißelt uns allen, auf daß wir erfüllen in seinem Geiste jene heiligmümpfte, ersehnte neue Zeit, die um eine nur — um die Sonne der Arbeit — kreist.

Karl Bröger.

schon eine Wandlung angekündigt. Neben dem schwarz-rot-goldenen Banner flatterte schon das rote; und als schwarz-rot-gold sank, von seinen Trägern schände im Stich gelassen, verraten und verkauft, da wehte die rote Fahne frei, frei im Wehen des Herzschlags der Millionen, die Marx aufgerufen und gesammelt hatte: „Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!“

Die Wogen der Revolution von 1848 hatten auch Marx zum Streiten in seine rheinische Heimat gerufen. Er gründete in Köln das erste sozialistische Blatt: die „Neue Rheinische Zeitung“. Schon 1849, als die Hoffnung auf eine staatliche Umwälzung geschwunden, als die letzten Geldmittel erschöpft waren, ging die Zeitung wieder ein. Marx aber

Das Ergebnis der Brüsseler Konferenz.

Der Verlauf der Brüsseler Konferenz rechtfertigt keineswegs die Auffassung, daß Frankreich und Belgien im Verlauf der letzten acht Wochen, die ihnen unendlich viel Mißerfolge gebracht haben, zur Vernunft gekommen sind, die erwarten ließe, daß in Zukunft die Lösung des Reparationsproblems von rein wirtschaftlichen Gesichtspunkten aus geregelt würde. Gewiß belagert das amtliche Kommuniqué über die Beratungen in der belgischen Hauptstadt, daß die Bekehrung „allmählich“ zurückgezogen werden soll, und es wird in Deutschland genügend Optimisten geben, die in dieser Richtung das wichtigste Moment der Gegenwart sehen. Aber sie vergessen den Zusammenhang, in dem diese Erklärung abgegeben wurde, sie vergessen u. a., daß jene Mitteilung der Öffentlichkeit übergeben wurde mit dem abschließenden Beschluß, 15 000 Mann neue Truppen ins Ruhrgebiet zu entsenden, um die Maßnahmen zu verstärken. Wir sind nicht der Auffassung, daß Deutschland auf die französisch-belgische Erklärung bauen kann, und wir können vorläufig auf Grund der Vergangenheit nicht glauben, daß mit ihr die Frankreich bisher gemachten Vorwürfe über annektonistische Ziele widerlegt sind. Schon einmal hat Poincaré vor der französischen Kammer grobhartige Erklärungen abgegeben, die sich bald als unwahrhaftig herausstellten. Als er Ende Dezember aus London zurückkehrte, versicherte er unter dem Vorwand der Kammer, daß Frankreich nicht an einen Einmarsch in das Ruhrgebiet denke. 14 Tage später wurde das Ruhrgebiet besetzt, trotz dieser Erklärung. Nicht ein bürgerliches Kammermitglied fand sich, das Herrn Poincaré auf den Widerspruch seiner Äußerungen mit den Taten aufmerksam machte und ihn zur Reue schickte.

Allgemein betrachtet, besagt der gekennzeichnete Schlüsselpassus des amtlichen Kommuniqués der Brüsseler Konferenz u. E. kaum etwas, woraus man bestimmte Folgerungen über eine französische Friedensgeneigtheit ziehen könnte. Was heißt „hohe Verhandlungen“ Deutschlands, und welcher Art sind schließlich die Bedingungen, die Frankreich an eine „allmähliche“ Räumung des Ruhrgebietes stellt? Die bisherige Politik des französischen Kabinetts gibt uns auch nicht den geringsten Anhaltspunkt dafür, daß Frankreich ernsthaft beabsichtigt ist, unsere Leistungen in Zukunft anzuerkennen. Die Besetzung des Ruhrgebietes wurde hauptsächlich mit dem Ausblick an deutschen Kohlen- und Holzleistungen herbeigeführt, und sechs Wochen später ergab sich aus dem französischen Gelddruck, daß eine Besetzung bereits vor Monaten in der Absicht der französischen Regierung gelegen hat. Man brauchte deutsche Verleihungen, und man hat sie dadurch erzwungen, daß man, trotzdem die Kohlen quantitativ geliefert waren, an der Qualität Anstoß nahm und für Frankreich bestimmte Transporte insoweit zurückwies, um uns in den Rückstand zu versetzen und lang gestaute Pläne durchzuführen. Unter diesen Umständen ist nur schwer daran zu glauben, daß selbst, wenn bestimmte Bedingungen von deutscher Seite eingegangen werden, ihre Durchführung ohne Voreingenommenheit von dem offiziellen Frankreich der Gegenwart wird.

Die Ausführung der „Brüsseler“ Maßnahmen.

II. Paris, 14. März.

Die französische wie auch die belgische Presse ist voll von Befriedigungen über die Brüsseler Beschlüsse, ohne indessen dem offiziellen Kommuniqué etwas hinzuzufügen zu können. Garas meldet, daß die Maßnahmen zur Förderung der Kohlen- und Holzleistungen aus dem Ruhrgebiet sofort in Angriff genommen werden soll. Man wird die auf den Grubenplänen laotenden Betriebe eröffnen und teilweise auf dem Landwege transportieren. Politische und nationale Arbeiter wie auch deutsche Arbeiter sollen darüber zur Verfügung stehen. Außerdem soll es sich um die Bekämpfung von Kohlen- und Holzpreisen handeln, die besonders Maßnahmen intensiver Art erfordern. Für diese Frage soll seit langer Zeit ein Plan des Reiches schon bereit liegen.

Londoner Betrachtungen.

London, 14. März.

Das Ergebnis der Brüsseler Konferenz interessiert hier außerordentlich, vor allem durch die Versicherung, daß England an wichtigen Verhandlungen beteiligt sein soll. Wie klar es der französischen Regierung gerade auf dieses politische Zugeständnis ankommt, läßt sich ablesen aus einer Pariser Korrespondenz des „Times“ schreiben. Es wird in diesem Bericht betont, daß ein- seitige französische Schritte darauf hinarbeiten, daß der Druck der öffentlichen Meinung sich gegen die Berliner Regierung richten soll. Diese Schritte legen auf die Wiederherstellung der Ordnung im Ruhrgebiet ein besonderes Gewicht und predigen fast dessen als weitere Beschränkung der Besetzung. Der „Times“-Korrespondent hat hinzu, es ist nicht ungerade, wenn wir sagen, daß es den Angehörigen dieser Politik nicht so sehr auf Reparationen, als auf die Befriedigung Deutschlands ankommt.

Gegen die Schreckensherrschaft in Buer.

Eine deutsche Protestnote.

Berlin, 14. März.

Der deutsche Gesandte in Paris ist eingeladen worden, die französischen Regierung folgende Note zu überreichen:
Der französische General des 22. französischen Korps hat gegen den Wunsch von zwei französischen Militärdelegationen in Buer den Oberbürgermeister als Gefolge mitnehmen lassen und dem Befehl nach auszuweichen, daß der Oberbürgermeister als Gefolge mitnehmen würde, falls weitere Gemächnisse an Generalen vorhanden. Er hat auszuweichen gegen die Besetzung der Stadt durch die französischen Repressalien entgegen, denen bereits eine Reihe von Einwohnern zum Opfer gefallen ist.

Obwohl im Allgemeinen die amtlichen Berichte nach aussagen, daß die Besetzung Buer, daß mehrere Personen er- tödtet werden werden und auch zwei auf solche, die von anderen in die Stadt kamen und die Besetzungen des Ortes nicht hatten. Nach Aussagen der belgischen Militärdelegation ist nach den Besetzungen die Lösung der beiden französischen Militärdelegationen bis zur Stunde noch nicht angefallen. Es soll allerdings ein belgischer Oberst am Ort der Besetzung sein, um die belgischen Repressalien entgegen, denen bereits eine Reihe von Einwohnern zum Opfer gefallen ist.

Das Ergebnis der Brüsseler Konferenz rechtfertigt keineswegs die Auffassung, daß Frankreich und Belgien im Verlauf der letzten acht Wochen, die ihnen unendlich viel Mißerfolge gebracht haben, zur Vernunft gekommen sind, die erwarten ließe, daß in Zukunft die Lösung des Reparationsproblems von rein wirtschaftlichen Gesichtspunkten aus geregelt würde. Gewiß belagert das amtliche Kommuniqué über die Beratungen in der belgischen Hauptstadt, daß die Bekehrung „allmählich“ zurückgezogen werden soll, und es wird in Deutschland genügend Optimisten geben, die in dieser Richtung das wichtigste Moment der Gegenwart sehen. Aber sie vergessen den Zusammenhang, in dem diese Erklärung abgegeben wurde, sie vergessen u. a., daß jene Mitteilung der Öffentlichkeit übergeben wurde mit dem abschließenden Beschluß, 15 000 Mann neue Truppen ins Ruhrgebiet zu entsenden, um die Maßnahmen zu verstärken. Wir sind nicht der Auffassung, daß Deutschland auf die französisch-belgische Erklärung bauen kann, und wir können vorläufig auf Grund der Vergangenheit nicht glauben, daß mit ihr die Frankreich bisher gemachten Vorwürfe über annektonistische Ziele widerlegt sind. Schon einmal hat Poincaré vor der französischen Kammer grobhartige Erklärungen abgegeben, die sich bald als unwahrhaftig herausstellten. Als er Ende Dezember aus London zurückkehrte, versicherte er unter dem Vorwand der Kammer, daß Frankreich nicht an einen Einmarsch in das Ruhrgebiet denke. 14 Tage später wurde das Ruhrgebiet besetzt, trotz dieser Erklärung. Nicht ein bürgerliches Kammermitglied fand sich, das Herrn Poincaré auf den Widerspruch seiner Äußerungen mit den Taten aufmerksam machte und ihn zur Reue schickte.

angefang, die Bevölkerung zur Verweisung zu treiben und unabhäufigen Unheil heraufzubekommen. Wenn der französische Regierung noch daran liegt, dies zu verhindern, so ist es ihre Pflicht, dem Vorsehen der militärischen Befehlshaber Einhalt zu gebieten. Die Verantwortung für die Folgen fällt sonst allein auf sie, nicht auf die deutsche Regierung, noch auf die deutschen Behörden, noch auf die deutsche Bevölkerung.

Die Militärherrschaft in Westfalen.

SPD. Dortmund, 13. März. (Eig. Drahtber.)

Die Bahnöfe Bochum-Hauptbahnhof, Essen-Hauptbahnhof und Mülheim-Speldorf sind besetzt worden. Es hat den Anschein, daß die beiden letztgenannten Bahnhöfe von den Franzosen militärisiert werden sollen. Die Franzosen scheinen beabsichtigt zu sein, auf den militärisierten Strecken einen geregelten Betrieb durchzuführen. Zur Sicherung haben sie auf einem Bahnhof nördlich Bochums das Stationsgebäude mit Stacheldraht umgeben. An der militärisierten Nordstrecke ist der Bahnhof in Datteln besetzt und die Strecke durch eine einen Meter starke Barrikade abgesperrt. Der Bahnhof Datteln soll vermutlich als Endpunkt der militärisierten Nordstrecke, Oberwegern als Endpunkt der militärisierten Südstrecke dienen.

In Dortmund, Buer, Münen, Bochum und Herne ist die Lage unverändert. Neue Zwischenfälle haben sich nicht ereignet. Der nehmliche Besatzungsstand in Buer wird in der nächsten Woche durchgeführt. In Münen verlangte der französische Kommandant bis zum 15. 3. die Einreichung einer Liste der Polizeibeamten mit Lichtbild und anderen Personaldaten. Im Bergischen Lande haben die Franzosen heute Kräfte von

Ein Polizeimajor aus Essen wurde nach französischen Kriegsgerichten in Werden zu drei Jahren Gefängnis und 6 Millionen Mark Geldstrafe verurteilt. 19 Schupo-Beamten, die seit längerer Zeit in Haft gehalten waren, sind ausgemittelt worden. Der stellvertretende Landrat des Landkreises Dortmund ist wegen Verweigerung der Ausführung von Requisitionsbefehlen zu 10 Millionen Mark Geldstrafe verurteilt worden. Beantragt waren 4 Jahre Gefängnis und 5 Millionen Mark Geldstrafe.

Nach Nachrichten aus zuverlässiger Quelle sollen am 15. März im besetzten Industriegebiet sämtliche Zechen besetzt werden.

Reichstag.

318. Sitzung.

Dienstag, 13. März, nachm. 2 Uhr.

Die Karaffe zum Reichsverleumdungsgesetz, Mißtrauensgesetz, Arbeitslosenversicherung und Offizierspensionsgesetz, wird an einen Ausschuss überwiesen. — Der Gesandtschaftsbericht zur Entlastung der Gerichte geht an den Reichsausschuss und die Ergänzung der Reichsgewerksordnung über die Anerkennung der Gesellenprüfungsgewinne von Reichs- und Landeszentralbehörden an den Ausschuss für Sozialpolitik. — Der Gesandtschaftsbericht über die Gebühren für Arbeitsbücher, wozu ein Lehrling oder jugendlicher Arbeiter ein weiteres Arbeitsbuch mit dem doppelten Gebührensatz bezahlen soll, wird in zweiter Lesung unverändert angenommen. — Die Forderungssfrist für die Weine des Jahres 1922 wird bis zum 31. Juli 1923 ausgesetzt. — Ohne Erörterung wird ein Antrag des Hauptauschusses, die Hälfte einer 18 Millionen-Mark-Summe zur Durchführung der Elektrizitätsversorgung im Kreise Mönchengladbach durch das Reich zu übernehmen, einstimmig angenommen. — Das Haus legt dann die zweite Beratung der Novelle zum Gesetz über die Erhebung einer Wohnungssteuer ab. — Abg. Schützler (B. V.) berichtet die Zahl der mit der Wohnungssteuer durch den Reich zu errichtenden Wohnungen auf 10 000, fordert eine Herabsetzung der Pachtpreise und wünscht, daß die Arbeiter durch etwas mehr Arbeit ihrerseits zum Bau von Wohnungen beitragen.

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns stimmt den Ausführungen Silberbachs über die Verbilligung der Baustoffe zu. Das Ministerium hat nach dieser Richtung alles getan und wird weiter alles tun, besonders in der Frage der Holzverbilligung. Unsere Wünsche auf Ermäßigung der Frachten sind abschlägig beschieden worden. Fälle von mißbräuchlicher Verwendung der Abgabe sind der Regierung nicht bekannt geworden. Rückfragen von Bauwerksverleumdern dürfen künftig nur mit behördlicher Genehmigung erfolgen.

Preussischer Ministerpräsident Hirth erklärt namens der preussischen Regierung, daß in der bevorstehenden Bauperiode eine irgendwie wirksame Sanitätspolitik nur entfaltet werden kann, wenn die Sätze der Wohnungssteuer auf mindestens 3000 Prozent herabgesetzt werden. Die preussische Regierung hält diesen Satz für noch unzureichend und ist der Auffassung, daß bei Erhebung einer Abgabe unter 3000 Prozent an eine nennenswerte Sanitätspolitik überhaupt nicht zu denken ist.

Ministerialdirektor Beyerlein erklärt auf eine Anfrage des Reichsfinanzministeriums das Holz zu gemeinnützigen Wohnungsbauten soweit als möglich verbilligt werden müsse. Im Wege weiterer Verhandlungen mit den Ländern soll erreicht werden, die Leistungen der Länder zu steigern. Obwohl einer Regelung durch Reichsbescheid verfassungsmäßige Bedenken entgegenstehen, wolle der Minister in Verbindung mit dem Wohnungsausschuss des Reichstages, mit dem Reichsrat und den Vertretern der Länder erneut die Frage prüfen.

Abg. Herdemann (Komm.) bezeichnet die Wohnungssteuer als eine unerhört dicke Kopfstener für die wirtschaftlich Schwachen und verlornt räuberisches Einverständnis gegen den Bauherrn. — Abg. Wegmann (M. S.) lehnt die Wohnungssteuer ab. — Damit schließt die Aussprache. — Gegen die legislative Stimmen wird ein dem parlamentarischen Antrag angenommen, die aus der Landwirtschaft kommenden Abgaben in erster Linie wieder landwirtschaftlichen Bauern zuzuführen. — Zum 3. der die Sätze der Abgabe auf 3000 Prozent herabzusetzen, die Regierung zu ermächtigen, mit Zustimmung des Reichstages die Sätze weiter zu ändern. — Ministerialdirektor Beyerlein erklärt für die vorliegende Regierung, daß bei der Erhebung des Satzes auf 3000 Prozent nicht zusammen käme, sondern nur mit dem ursprünglichen Satz der Regierungsvorlage von 1500 Prozent einverstanden sei. — Nach längerer Debatte wird ein dem parlamentarischen Antrag, die Abgabe auf 1500 Prozent zu ermächtigen, abgelehnt, ebenso im Zusammenhang der Ausschussarbeiten, 300 Prozent zu erhöhen. Dafür stimmten ausschließlich die Sozialdemokraten und keine Mitglieder der Mittelparteien. — Abg. Herdemann (Komm.) bezeichnet die Wohnungssteuer als eine unerhört dicke Kopfstener für die wirtschaftlich Schwachen und verlornt räuberisches Einverständnis gegen den Bauherrn. — Abg. Wegmann (M. S.) lehnt die Wohnungssteuer ab. — Damit schließt die Aussprache. — Gegen die legislative Stimmen wird ein dem parlamentarischen Antrag angenommen, die aus der Landwirtschaft kommenden Abgaben in erster Linie wieder landwirtschaftlichen Bauern zuzuführen. — Zum 3. der die Sätze der Abgabe auf 3000 Prozent herabzusetzen, die Regierung zu ermächtigen, mit Zustimmung des Reichstages die Sätze weiter zu ändern. — Ministerialdirektor Beyerlein erklärt für die vorliegende Regierung, daß bei der Erhebung des Satzes auf 3000 Prozent nicht zusammen käme, sondern nur mit dem ursprünglichen Satz der Regierungsvorlage von 1500 Prozent einverstanden sei. — Nach längerer Debatte wird ein dem parlamentarischen Antrag, die Abgabe auf 1500 Prozent zu ermächtigen, abgelehnt, ebenso im Zusammenhang der Ausschussarbeiten, 300 Prozent zu erhöhen. Dafür stimmten ausschließlich die Sozialdemokraten und keine Mitglieder der Mittelparteien.

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns erklärt, daß die zweite Lesung noch heute zu erledigen, während Abg. Rauten (Komm.) Beratung beantragt. — Abg. Müller-Kronen (Soz.) widerspricht dem parlamentarischen Antrag, der abgelehnt wird. — Das Haus tritt in die zweite Beratung des Gesetzes über die Regelung der Steuerpflicht an die Gebietsverwaltung ein, die am Freitag durch die Reichsversammlung des Hauses bei der Abstimmung über die Kommissionsberichte abgebrochen wurde. — Zunächst von der Sozialdemokraten gestellten Anträge zu den Kommissionsberichten werden von der bürgerlichen Mehrheit abgelehnt und die Kommissionsberichte mit einigen sachlichen Änderungen angenommen. — In der Vorlesung über die Verbilligung der Baustoffe wird die Regierung durch den Ausschuss

Abg. Hartlieb (Soz.), daß die geschuldeten Beträge am Freitag zu multiplizieren sind mit dem Prozentfuß, um den sich der Goldaufschlag am Freitagstag erhöht hat. Dasselbe soll gelten für Steuerfindungen und Zahlungsausschub gemäß der Reichsabgabenordnung, sowie für die Ueberweisungen aus der Lohnsteuer. Für die Einkommensteuer von 1922 soll der Steuerbetrag mit dem Prozentfuß multipliziert werden, der dem Unterschied zwischen dem Durchschnitt zwischen Goldaufschlag des Jahres 1922 und demjenigen entspricht, der im Augenblick der Fälligkeit gilt. Im Fall der Ablehnung dieses Antrags beantragen die Sozialdemokraten, Verzugszinsen im ersten Monat von 20 Proz. und vom zweiten Monat ab 30 Proz. monatlich. — Abg. Koenen (Komm.) beantragt die Aufhebung des Lohnsteuerabzuges im Einkommensteuergesetz. — Vor der Abstimmung verläßt sich das Haus auf Mittwoch 2 Uhr. (Dritte Lesung der Wohnungsbaustoffe, Fortsetzung der Beratung der Steuergeetze.) Schluß 8.15 Uhr.

SPD. Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei hat folgende Erklärung abgegeben:

Der Abgeordnete Geisler hat in einem auch der Öffentlichkeit zugänglich gemachten Schreiben an die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei am 12. d. M. seinen Austritt damit begründet, daß die am 10. d. M. eine Erklärung des Vorsitzenden der Fraktion veröffentlicht hatte, die „unrichtig, irreführend und geeignet ist, ihn in der öffentlichen Meinung herabzusetzen.“ Demgegenüber hat die Reichstagsfraktion in ihrer heutigen Sitzung folgendes einstimmig festgestellt:

Die von dem Vorsitzenden der Fraktion mit dem einstimmigen Auftrag veröffentlichte Erklärung entspricht genau dem Wortlaut, der in der Fraktionskammer in Anwesenheit und unter Zustimmung des Herrn Geisler schriftlich festgesetzt wurde. Daß dieser Wortlaut erst nachträglich durch drei Mitglieder unter Aushebung des Herrn Geisler festgestellt werden sollte, ist unzutreffend. Ueber die in der Veröffentlichung wiedergegebene Erklärung hinaus hat Herr Geisler der Fraktion folgende Erklärung abgegeben:

„Ferner verpflichte ich mich, künftig in meinem politischen Verhalten nach außen unbedingt diejenigen Grenzen einzuhalten, die die Rücksicht auf die Gesamtpolitik und Geschlossenheit der Partei erfordert.“

Zur Schonung der Stellung des Herrn Geisler in der Öffentlichkeit und in Übereinstimmung mit seinen Wünschen hatte die Fraktion dieser Teil der Erklärung nicht veröffentlicht. Hiernach ist die Drucksache, die Herr Geisler von dem Beschluß der Fraktion am 9. März d. J. verbreitet, bewußt wahrheitswidrig. Das Gleiche gilt für die gegen den Vorsitzenden der Fraktion erhobenen Anwürfe. Bei dieser Sachlage lehnt es die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei ab, sich mit den weiteren wahrheitswidrigen Behauptungen des Herrn Geisler zu befassen.

Vorschläge für die Beamten und Staatsarbeiter.

Neue Verhandlungen am 10. April.

Die gestrigen Verhandlungen im Reichsfinanzministerium führten nach einer BS-Meldung zu dem Resultat, daß den Beamten am 19. März das laufende Gehalt gezahlt wird. Die quartalsweise auszufahrenden Bezüge werden ebenso wie die Bezüge der auf monatlichen Einkommen angewiesenen Beamten von den Kassen aller Dienststellen ausgezahlt werden. Die Reichs- und Staatsarbeiter werden ebenfalls am 19. März einen Fortschub in der Höhe von zwei Wochenlöhnen ausgezahlt erhalten. Es wurde dann noch vereinbart, daß am 10. April im Reichsfinanzministerium eine Aussprache über die Auswirkungen der Vorschläge stattfinden soll. Die Regierung wird sich nach die er Konferenz darüber schlüssig werden, ob eine weitere Hilfe für die Beamten und Staatsarbeiter notwendig ist, um beiden Kategorien über das Vacuum, das durch die Vorschlagszahlungen entsteht, hinwegzuhelfen.

Die am Montag im Reichsfinanzministerium getroffene Regelung, die Aprilgehälter am 19. März zur Auszahlung zu bringen hat nach unseren Informationen in Beamtenkreisen eine unangenehme Wirkung hervorgerufen. Allgemein wurde damit gerechnet, daß an Stelle der Vorauszahlung der Gehälter eine Zulage für März bewilligt werden würde. Auch der Beamtenausschuß des Preussischen Landtages hat sich gegen eine Vorschlagszahlung und für eine Erhöhung der Zulagenzulage ausgesprochen. Der Beamtenausschuß hatte das Preussische Finanzministerium ersucht, in diesem Sinne bei den Verhandlungen im Reichsfinanzministerium zu wirken. Trotzdem hat sich die Reichsregierung ablehnend verhalten. Die Mitglieder der Gewerkschaften dürften sich damit kaum beruhigen, sobald in den nächsten Tagen mit Vorschlagszahlungen in größerem Umfang zu rechnen ist. Beantwundet wird vor allen Dingen, daß erst am 10. April über die Verrechnung der Vorauszahlung mit den Einbehaltungsbeträgen verhandelt werden soll. Es erachtet dringend geboten, daß die Regierung den Verhandlungstermin früher legt und sich bereit erklärt, über tatsächliche Zulagen für den Monat März zu verhandeln.

Der Postetat.

Rückgang des Postverkehrs um die Hälfte.

Der Hauptauschuss des Reichstages beschäftigte sich am Montag mit dem Postetat. Der Reichspostminister teilte mit, daß gegenüber dem Voranschlag, der bei einer Einnahme von 264,6 Milliarden und einer Ausgabe von 344,8 Milliarden mit einem Fehlbetrag mit 80,6 Milliarden abschloß, die Zahlen heute bei einer Einnahme von etwa 764,6 Milliarden und einer Ausgabe von etwa 1069,2 Milliarden einen Fehlbetrag von 1204,6 Milliarden ergeben. Die letzten Tarifserhöhungen ergaben einen Rückgang der Brei-post um mehr als die Hälfte und der Paketpost um 43 Prozent.

Wer sind die Denkmalschänder?

SPD. Weimar, 12. März. (Eig. Drahtber.)

In Jena hat vor einiger Zeit die Beschädigung des Bismarckdenkmals großes Aufsehen erregt. Die nächtliche Untat wurde von Studenten- und Professorenenschaft den Arbeitern zur Last gelegt, obwohl dafür gar keine Beweise vorlagen. Die Unterzählung des Falles durch den Oberstaatsanwalt hat jetzt eine völlige Klärung gebracht, durch die die Beschuldigung der Arbeiter-schaft als leistungsfähige Verleumdung gekennzeichnet wird. Der Denkmalschänder ist ein Verbindungsjudent Johann Paul Meyer, der die Tat nach einer Kneiperei in seiner Verbindung im Zustand harter Trunkenheit beging. Zunächst hatte er nach der Aufgabe von Zeugen, ebenfalls Studenten, mehrere Schüler abgerufen, dann das Denkmal mit seinem Stod bearbeitet. Meyer gab zu, daß er in seiner Betrunkenheit auf das Denkmal Kletterie, jedoch den Halt verlor und dabei wahrheitsfalsch die Fahnenstange des Denkmals abgetrieben habe. Weitere Teile des Denkmals hat er nach seinen eigenen Angaben beim Herunterklettern beschädigt. — Ruhig ließ er die Verleumdung auf der Arbeiterschaft Jena sitzen, bis er jetzt durch den Untersuchungsrichter als Täter entlarvt wurde.

Freistaat Lübeck.

Mittwoch, 14. März.

Statistisches.

Aus dem Vierteljahrsbericht des Statistischen Landesamts über die Zeit vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1922.

Chen wurden 407 geschlossen, 23 weniger als im Vorjahre. Die Zahl der Lebendgeborenen blieb mit 505 beträchtlich...

An Gästen, die in hiesigen Hotels und Gasthöfen übernachteten, wurden 15 943 oder 847 weniger als im Vorjahre gezählt.

284 (348) Grundstücke mit einem Flächeninhalt von 351 779 (756 243) Quadratmetern gingen in andere Hände über.

Die Zahl der Wohnungen hat sich nur um 123 (185) vermehrt, 102 (142) entfallen durch Neubauten und 21 (44) durch Umbau.

Die beiden hiesigen Privat-Eisenbahnen wurden von 3 550 622 Personen benutzt, das sind 883 288 mehr als im Vorjahre.

Bei der Straßenbahn zogen die Tarifserhöhungen wieder einen beträchtlichen Ausfall an beförderten Personen nach sich; auf ihr fuhrten diesmal nur 2 484 446 Personen...

Im Geschäftsjahresverkehr liefen 1138 (1223) Schiffe ein und aus, darunter 790 (839) beladene. Die von ihnen beförderte Gütermenge betrug 186 652 (205 465) Tonnen.

Binnen-Hilfe verkehrten im hiesigen Hafenplatz 722 oder 228 mehr als im Vorjahre, von denen 545 oder 210 mehr als im Vorjahre beladen waren.

Die Viehhaltung im Lübeckischen Staatsgebiet.

Die letzte Zählung des Viehbestandes im Lübeckischen Staatsgebiet, die Anfang Dezember 1922 vorgenommen wurde, brachte folgende Ziffern: Viehhaltende Haushaltungen 5571; Pferde 2287; Rindvieh 8104; Schafe 1542; Schweine 11 075; Ziegen 3031; Federvieh 66 304; Kaninchen 5064; Bienenvölker 2091.

die Ziffer um etwa 3000 kleiner als 1921, aber um etwa 4000 größer als 1920, die Ziffern bleiben nur um wenige Prozent hinter der Vorjahrzeit zurück.

In der Gesamtheit entsprechen die Ziffern der Viehhaltung etwa den Ziffern zu Beginn des 20. Jahrhunderts.

Organisationsfragen des Beamtentums!

Unter dieser Überschrift finde ich in der Nr. 58 vom 9. März in den L. N. A. einen Artikel, der so recht bezeichnend ist für den Geist, der noch heute im „Deutschen Beamtentum“ zu finden ist.

Ganz anders in unserer jungen deutschen Republik. Schon die Reichsverfassung stellt die Beamten mitten hinein in das soziale Leben. Durch die staatsbürgerliche Gleichberechtigung auf allen Gebieten, durch die gemeinsame Arbeit aller Bevölkerungskreise mit den Beamten, durch die ständig belebenden sozialen Kräfte unseres Volkes, in steter Verbindung mit den Beamten, wird mit der Zeit auch in Beamtentum der Gedanke der Solidarität sich Bahn brechen...

Wer so, auch bei der Beurteilung der Frage des Beamtentums die Geschichte der modernen Arbeiterbewegung überblickt, dem muß klar werden, daß der Weg in die Zukunft eines neuen Landes die Sammlung aller Kräfte und Kräfte erforderlich macht.

die Organisationen, die sich als Ziel gesetzt haben die soziale und staatsbürgerliche Gleichheit. Deshalb richte ich an die Beamten die Bitte, über diese neuen Gesichtspunkte nachzudenken.

Bezirkstreffen der Angestellten-Jugend.

Der Zentralverband der Angestellten veranstaltet während der Oftertage ein Treffen seiner norddeutschen Jugendgruppen in und bei Hamburg, um seinen Jugendmitgliedern in der alten Hochburg der Arbeiterbewegung einen Einblick in das Werden und Wirken derselben zu gewähren.

Das Lübeckische Adressbuch

ist soeben als ein starker Band von 1154 Textseiten, 62 Druckseiten mehr als im Vorjahre, erschienen. Auch dieses Mal sind trotz aller wirtschaftlichen Schwierigkeiten nicht nur alle Abteilungen vollständig enthalten, sondern noch verschiedene wertvolle Ergänzungen und Erweiterungen aufgenommen.

Eine Versammlung der Bürgerschaft findet am kommenden Montag, abends 6 Uhr, statt.

Eine Karl-Marx-Gedenkfeier veranstaltete der Sozialdemokratische Verein am Dienstag abend im Gewerkschaftshaus. Der Besuch lief leider viel zu mäßig ab.

Der Schiefer geklettert. Die unheimlichen Störungen auf der Tribüne, in der letzter Bürgerchaftssitzung werden in der bürgerlichen Presse weidlich ausgekostet.

Arbeitslose!

Heute abend ist Bürgerschaftssitzung. Ueberzeugt Euch selber, wie man sich zu Euren Forderungen stellt. Besetzt die Tribünen!

Verbilligung der Milch für die notwendige Bevölkerung. In der Bürgerschaft verlas der händige Beamtensprecher folgenden Antrag aus dem Senatsprotokoll vom 10. ds. Mts.:

Wahlung der für die Milchverarbeitung zur Verfügung stehen- den Mittel um 1 1/2 Millionen Mark vorzunehmen. Zu diesem An- trage äußert sich die Finanzbehörde unter dem 5. d. Mts. befür- wortend. Die Finanzbehörde wird mit der weiteren Veranlassung wegen der Verstärkung des Art. 60 a Lit. C Anlag 177 (Milch- verarbeitung) beauftragt.

Gebühren für Schöffen und Geschworene. In den letzten Tagen sind wiederholt Beschwerden von Ortsausschüssen über die zu niedrigen Entschädigungssätze für Schöffen und Geschworene an den ADGB gelangt. Es wird deshalb von Interesse sein, zu erfahren, daß der ADGB bereits an das Reichsjustizministerium das Ersuchen gerichtet hat, die seitens im Januar d. J. festgesetz- ten Entschädigungssätze, die danach nur bis zu 4250 Mk den Tag im Falle einer 10tägigen Inanspruchnahme betragen können, um das Fünffache zu erhöhen. Eine recht baldige Neuregelung erscheint dringend notwendig.

pb. Diebstahl. Gestohlen wurde ein im Hauseingang der Dresdner Bank hingehängtes Fahrrad Marke „Brennabor“ — Aus dem unverschlossenen Zimmer eines Hauses in der Gr. Burgstr. wurde eine goldene Damenuhr, eine silberne Damenuhr, ein goldenes Korbarmband, eine goldene Halskette, eine lange silberne Uhrkette, ein goldenes Ohrgehör, 1 gold. Damenring mit Opal, ein Zaler, mehrere Verfassungstaler und 100 000 Mark in bar gestohlen.

pb. Festgenommen wurde ein in Stedelsdorf wohnhafter, be- zugs wegen Eigentumsvergehens verurteilter Schmied, der in dem dringenden Verdacht steht, einem in der Sedanstraße wohnhaften Fuhrwerksbesitzer einen 12jährigen Reifwagen gestohlen zu haben. Er hatte den Reifwagen bereits an einen in Stedelsdorf wohn- haften Viehhändler für 300 000 Mk. verkauft, als dieser beschlag- nahmt und dem Bestohlenen wieder zur Verfügung gestellt werden konnte. — Festgenommen wurde ferner ein 22jähriger Schmied von hier, der von einem Hause der Kalandstraße eine Elek- trischerlei abgehoben und verkauft hatte. — Wegen Dieb- stahls von Briefen wurde ein in der Werderstraße wohnhafter Arbeiter festgenommen. — Festgenommen wurde eine Stütze aus Erdbrunn. Sie war im Saalbau in einem Krankenhaus unter- gebracht, aus dem sie unter Beistand eines Viehhändlers entflo- hen. Unter falschem Namen hatte sie Stellung in Saalbau als Stütze angenommen, wo sie ihre Herrschaft behielt. Mit dem Diebstahl und ihrem Diebstahl reichte sie nach Lübeck. Sie nahm hier neue Stellung bei einem Kapitän an, den sie ebenfalls behielt. Bei Verhaftung der Wohnung der Festgenommenen wurde das Die- bestlager aufgedeckt und auch eine Arbeiterin wegen Hehlerei in Haft genommen. — Festgenommen wurde ein 23jähriger Hand- lungsgeselle der einer hiesigen Firma Strumpfwaren im Werte von über 414 000 Mark umzuschlagen hatte.

*

m. Trampelwunde. Der Trampelwunder Fischerbund veranstaltete kürzlich eine kleine Feste, bei der für die Kasassen des Stedelsdorfer Viehhändlers 55 541 Mk. gesammelt wurden.

v. Eierstraße. In einer Versammlung der SPD sprach am Sonntag Genosse Wolke über „Die Not der Zeit“. Der Vortrag wurde beifällig aufgenommen. Unter Vorsitzendem wurde auf das Verhalten des Hiesigen Herrn v. Krogh (Gr. Weber) hingewiesen. Einmalige Arbeiter werden ent- lassen und sollen nicht wieder eingestellt werden. Dafür soll sich Herr v. Krogh die sogenannten Sachverständigen verschreiben lassen, die für wenig Geld den Profit vergrößern sollen. Ver- schiedene Arbeiter sind schon seit Dezember 1922 arbeitslos und haben noch keine Unterbringung erhalten. Beschwerden an den Landrat haben nichts genützt. Arbeiterausschüsse wurden entlassen, weil sie sich gegen die Durchbrechung des Achtstun- dengesetzes gewandt haben. Arbeiter im Landgebiet, heißt es, sind jetzt zusammen in einem Gewerkschaft, fast vor allen Dingen die Arbeiter, die von dem Landrat mit dem Gegner erfolg- reich bekämpft wurden.

Hinweise auf Versammlungen, Theater usw.

Socialdem. Verein, Dittich 7 und 7a. Versammlung heute, 11 Uhr in der 2. St. Dittich 7a. Redner: W. K. Meißner, Gen. v. Gen. v. a.

2. und 3. Dittich, Freitag, den 16. d. Mts. im Gewerkschaftshaus. Versammlung. Redner Gen. v. a. Meißner.

Stadttheater. Donnerstag: „Der Wildschütz“. Freitag: „Hedra“, Samstag: „Der Erlöser“, „Das goldene Mägdlein“ von G. Meißner.

Sausa-Theater. Mittwoch und Donnerstag: „Die Grinaessin von Navarra“. Freitag: Zum ersten Male „Das Schwarz- waldbädel“.

Angrenzende Gebiete.

Kreis Herzogtum Lauenburg. Der Verband Lauen- burgischer Landgemeinden hielt seine Verbandsagung am 10. März in Wolln ab. 65 Gemeinden waren vertreten. Den Vorsitz führte Gemeindevorsteher Gen. Zimmer-Besendorf. Aus dem Bericht des Vorstandes über die bisherige Tätigkeit des Ver- bandes war besonders zu erwähnen, daß nunmehr auch die Guts- besitzer zum Verband gehören, daß die an die verschiedenen Kreis- behörden gerichteten Petitionen auf Hinzuziehung des Verbandes bei kommunalen Angelegenheiten noch nicht erledigt sind, und daß sich im nördlichen Gebiet des Kreises eine eigene Gruppe von Ge- meinden gebildet hat, die Rücksicht auf die schwierigen Verkehrs- verhältnisse. Es wurde aber berichtet, daß diese Gemeinden, ob- wohl sie zu den Mittelpunkten des Kreises nur schwer gelangen können, mit dem Kreisverband sich vereinigen wollen. Die sachgemäß vorgeschriebenen Neuwahlen des Vorstandes für das neue Rechnungsjahr 1923/24 erzeigten einstimmig die Wiederwahl des bisherigen Vorstandes (Zimmer-Besendorf, Heisch-Schwar- sendorf, Düren-Hörsing, Grand-Rasch, Schäfer-Röhl). Zum Rechnungs- und Kassenprüfer wurde Gemeindevorsteher Otho- ge-Müllau einstimmig gewählt. Die Richtlinien für die Dienstaus- wahlentscheidung der ehrenamtlichen Gemeindevorsteher standen erneut zur Beratung. Es wurde beschlossen, eine Änderung der Kreisaustrich-Richtlinien zu beantragen. Ueber den Entwurf des Landessteuergesetzes berichtete Gemeindevorsteher Heisch- Schwarzenhof, des- selben über den gegenwärtigen Stand der Landgemeindevorstellung und über die Wohnortpolitik der Gemein- den. Gemeindevorsteher Zimmer-Besendorf sprach über die Naturalschulden der Lauen, berichtete über das neue Grundsteuer- gesetz und über das Gesetz betr. Verkehr mit Grundstücken. An die Berichte schloß sich eine lebhafte Aussprache an. Entsprechende Petitionen an die Eisenbahnanstalten, an die zuständigen Finanz- ämter, an den Kreisrat usw. wurden angenommen. Infolge der vorgezeichneten Zeit mußten die Punkte Kreisversicherung und Beschäftigungsweiser vertagt werden.

Hamburg, Großfeuer im Hafen. Am Dienstag nach- mittag brach auf dem am Hanfschafen liegenden Dampfer „Ben- ne“ ein Feuer aus, das einen gewaltigen Umfang annahm und von fünf Jagen der Feuerwehr stundenlang bekämpft werden mußte. Die Ladung des Dampfers, in der das Feuer entstanden war, bestand aus Koppa. Als die ersten beiden Jage bei dem Dampfer eintrafen, brannten nicht allein 3 Räume, sondern auch bereits das Deck mit seinen Aufbauten. Zur Bekämpfung des Feuers wurden von hiesigen Erleuchtungsanstalten 19 Schlauchleitungen geschickt. Alle brennenden Räume wurden unter Wasser gesetzt.

Hamburg, Feuer. Die Grünmühle am Neuen Seehafen stand am Dienstag in Flammen und brannte vollkommen aus. Des Maschinenraums und der in der Nähe befindliche Speicher mit großen Warenvorräten an Meis und Weizen, sowie die gleichfalls viele hundert Tonnen Getreide enthaltende Siloan- lage konnten gerettet werden. Eine große Reihe von Kohlenstößen mußte verhaftet werden und konnte der Gefahr entkommen, ebenso wie viele Eisenbahnwaggons, die mit Vorräten der Firma beladen waren. Auf diese Weise rettete die junge Harburger Berufsfeuerwehr mit den anderen Wehren in harter stundenlan- ger Arbeit Milliardenwerte.

Kiel, Gewerkschaftshilfe durch die Gewerkschaften. Im Gewerkschaftshaus wurden an die gewerkschaftlich organisierten Arbeitslosen Brote ausgeteilt; über 1800 Stück im Werte von annähernd 2 1/2 Millionen Mark. Das Mehl für diese Hilfsaktion ist beschafft worden aus den Mitteln, die die gewerkschaftlich organisierten Kollegen vor Weihnachten für die Arbeits- losen abgesetzt haben, gebunden wurden die Brote in der Vereins- bäckerei, die für karitative Zwecke stets eine offene Hand gehabt hat. Kollegen, die vor Weihnachten in Arbeit standen und ihren Stundenlohn für diesen Zweck verweigerten, wurden, falls nicht besondere Gründe vorliegen, von der Hilfsaktion ausge- schlossen. Die Gesamtzahl der Arbeitslosen beträgt 3882.

Kiel, Das Geheimnis der Butterpreise. In der Gütstromer Tageszeitung lesen wir unter dieser Überschrift: „Von einer modernburgischen Molkereigenossenschaft werden uns zwei Karten der Kofelder Butterhandlung Emil Seeger vor- gelegt. Im Februar hießt darin die Kofelder Firma 200 bis

220, im März sogar 300 bis 330 über Berliner Notiz. Sprechend ist auch noch der weitere Satz, der sich auf den Karten vermerkt findet: „Im übrigen halte ich selbstverständlich jedes von an- derer Seite gemachtes Gebot.“ — Da wundert man sich noch immer, daß die Butter bei fallendem Dollar auf demselben Hochstand bleibt.

Neue Bücher.

Die moskowitzische Fremdherrschaft in der Ukraine. Von J. J. M. Diez Nachf. G. m. b. H. Berlin-Stuttgart. Die Schrift gibt klaren Aufschluß über die brennen- den nationalen Fragen Rußlands. Wir sehen in der Ukraine eine nationale Bewegung mit elementarer Kraft gegen die bolschewistische Fremdherrschaft durchbrechen und stürmisch um ihr kulturelles und politisches Eigenleben ringen. Gen. M. Diez, der einst an der Spitze der ukrainischen Volksregierung stand, zeichnet mit kräftigen Strichen die nationale und soziale Struktur des ukrainischen Volkes und seines Proletariats. Er gibt uns eine ganze Geschichte der Arbeiterbewegung in der Ukraine, des Bolschewismus und Menschevismus und charakteri- siert treffend das bolschewistische „Revolutionsexperiment“. Heute ist der gesamte Verwaltungsapparat in der Ukraine von fremden, nichtukrainischen Elementen besetzt. Ukrainisch geschriebene Schriftstücke werden zurückgeschickt und jeder, der sich der ukrai- nischen Sprache bedient, gilt den Genetischen der Tscheta schon als verächtlicher Konterrevolutionär. Die Moskowiten führen sich in der Ukraine als rücksichtslose Despoten eines gewalttätig okkupierten Landes auf, und sie haben gegen sich den elementaren Widerstand fast aller ukrainischen Parteien herausgefordert. Unter der Herrschaft ihres terroristischen Zwangseintreibungssystems zerfällt die Volkswirtschaft rapid und die Landwirtschaft sinkt auf die Stufe einer primitiven Naturalwirtschaft herab. Die Schrift M. Diez ist ein grundsätzlicher Protest gegen jede Okku- pationspolitik, die brutal die Nationen in Herren- und Sklaven- völker scheidet.

Ruhehilfe der Gewerkschaften.

5. Zuteilung des Gewerkschaftssekretariats der Sammlung für die Ruhehilfe.

Gemeinde- und Staatsarbeiter-Verband	355 907 Mk
Arbeiter und Angestellte der Tierproduktionsfabrik	29 000 Mk
Belegschaft Lohman	35 000 Mk
Belegschaft der Druckerei L. Peters Nachf.	2 000 Mk
Belegschaft der Druckerei Zawadzki	1 000 Mk
Belegschaft Koch u. Malchow	1 000 Mk
Tischlergesellen der Firma Heinert	4 500 Mk
Redaktion und techn. Personal Lübecker Volksbote	11 650 Mk
Belegschaft Stadtmühle	7 000 Mk
Buchdrucker und Hilfsarbeiter der Firma Coleman	27 250 Mk
Marienschule	450 Mk
Arbeiter der Bahnmeisterei Cutin-Lübeck	22 100 Mk
Werkstatt Cutin-Lübeck	6 400 Mk
Verband der Schlachter	16 750 Mk
E. H.	7 180 Mk
Polizeiamt durch J. d. A.	7 200 Mk
Butab, H. Katz, durch Afa	43 250 Mk
Personal des Hofstuhlhauers	202 855 Mk
Belegschaft Krebs u. Schulz	56 804 Mk
Betrieb Langloh	1 950 Mk
Betrieb Wade u. Sohn	500 Mk
Betrieb Werner u. Hörnig	12 500 Mk
	852 246 Mk

Briefkasten.

B. Sch. Die Ueberfahrt nach Neuyork kostet 3. Klasse über 2 Millionen Mark (102 1/2 Dollar), 2. Klasse etwa 2 1/2 Millionen Mark (von 130 Dollar ab). — 100 Mark für die Kinderhüte.

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Leber; für Freizeit, Lübeck und Feuilleton Hermann Bauer; für Interate Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. — Druck von Friedrich Meyer & Co., sämtlich in Lübeck.

73 Glockengießerstr. 73
Offen, Metalle, Campen, Papier
Wilhelm Scheuermann

73 Glockengießerstr. 73
L. Lisslanski, Obertrave 19

W. G. G. G.
L. Lisslanski, Obertrave 19

1 Jungfer
Junge zu verk.

Leder
Lederwaren

Tragerei
Lübecker

Vertrauen
Nigrin-Extra

Meine Schlager!!
La. frische Margarine p. Pfl. 2650

Lübecker Margarine-Zentrale
Kaufspezialist

Allgemeine Ortskrankenkasse für das Fürstentum Lübeck
Auf Grund der Verordnung über Grundlöhne in der Krankenversicherung vom 27. Februar 1923 — veröffentlicht im Reichsgesetzblatt Nr. 16 vom 5. März 1923 Seite 158 — hat der Kassenvorstand mit Wirkung vom 12. März d. J. ab der Grundlohn nach dem durchschnittlichen Tagesentgelt der Mitglieder bis auf 14 400 Mk. erhöht. Demzufolge sind neue Stufen neu angesetzt worden, nämlich:

Stufen	Arbeits- verdienst für den Arbeitstag bis einschl.	Arbeits- tag	Wochenbeitrag im ganzen	Wochenbeitrag davon zahlt der Arbeit- geber 1/2	Strafen- geld für den Arbeit- tag	Sterbe- geld
XIV	4 250	4 500	2160	1140	720	90 000
XV	5 250	5 400	2592	1728	864	108 000
XVI	6 750	6 800	3024	2016	1008	126 000
XVII	7 650	7 200	3456	2304	1152	144 000
XVIII	9 150	8 400	4032	2688	1344	168 000
XIX	10 050	9 600	4608	3072	1536	192 000
XX	11 550	10 800	5184	3456	1728	216 000
XXI	12 450	12 000	5760	3840	1920	240 000
XXII	über 12 450	14 400	6912	4608	2304	288 000

Die Arbeitgeber sind verpflichtet, für die von ihnen Beschäftigten, deren Grundlohn nach der vorstehenden Festsetzung mehr als 3600 Mark beträgt, der Kasse bis spätestens 19. März d. J. die zur Berechnung der Beiträge erforderlichen Lohnangaben zu machen. Falls nicht bis zum 19. März d. J. eine Mitteilung des Arbeitgebers über einen geringeren Arbeitsverdienst des Beschäftigten erfolgt, werden die Mitglieder der Kasse der höchsten Stufe XII der jetzigen höchsten Lohnstufe XXII zugeteilt werden.

Mitglieder, deren Grundlohn nach dieser Änderung den Betrag von 3600 M. übersteigt, haben auf die ihrem neuen Grundlohn entsprechenden höheren Ratenleistungen erst vom 9. April 1923 ab Anspruch. (14121)

Der Vorstand: D. Steendob.

„E. M. V.“
„Edel“ - „Metall“ - „Verwertung“
Uhrmacher und Juwelier Herm. Voss & Co.
Trauringe billiger!!
333 gest. von 23 000 Mt. an
585 : 40 000
750 : 70 000
900 : 110 000
Nur Lübeck, Fleischhauerstraße 26